

AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG
Gruppe Land- und Forstwirtschaft - Abteilung Agrarrecht

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

An den
Präsidenten des Landtages
von Niederösterreich
Ing. Hans Penz

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion
Eing.: 26.02.2010
zu Ltg.-**283/V-7/68-2009**
— Ausschuss

Kennzeichen
LF1-A-108/015-2009

Frist

DVR: 0059986

Bezug	BearbeiterIn	(0 27 42) 9005	Durchwahl	Datum
	Mag. Monika Kohlross		13293	23. Februar 2010

Betrifft

Resolution des Landtages von Niederösterreich vom 16. Juni 2009, Ltg. – 283/V-7/68-2009, betreffend Zurückdrängen der gentechnisch veränderten Soja-Futtermittel durch Steigerung des Anbaus heimischer Eiweißfuttermittel

Sehr geehrter Herr Präsident!

Im Sinne der Resolution des Landtages von Niederösterreich vom 16. Juni 2009, Ltg. – 283/V-7/68-2009, trat die Abteilung Agrarrecht im Wege des Bundeskanzleramtes an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heran, alles Notwendige zu veranlassen, dass eine Steigerung der Produktion heimischer Eiweißfuttermittel möglich wird und ersuchte gleichzeitig um Abgabe einer diesbezüglichen Stellungnahme. Die daraufhin abgegebene Stellungnahme des Bundeskanzleramtes lautet wie folgt:

„Es werden bereits Anstrengungen unternommen, verstärkt GVO-freie Futtermittel am österreichischen Markt anzubieten. Beispielsweise wurde mit der Einführung der Bioethanolproduktion in Österreich der Bezug eines neuen Eiweißfuttermittels Destillierdried Grains with Solubles (DDGS) ermöglicht. Durch den Einsatz von gentechnikfreiem Getreide und Mais, kann das DDGS mit dem Marktnamen Actiprot auch gentechnikfrei ausgelobt werden. Zahlreiche Fütterungsstudien belegen, dass es sehr gut für die Wiederkäuerfütterung geeignet ist.

In der Bioethanolproduktion im Werk Pischelsdorf werden jährlich ca. 180.000 t DDGS (Dried Distillers Grains with Solubles) als hochwertiges Eiweißfutter produziert. Damit kann ca. ein Viertel des Importes an Eiweißfuttermittel ersetzt werden. Dies entspricht einer Sojabohnenfläche von ungefähr 60.000 ha.

Die regelmäßige Untersuchung von Saatgut im Rahmen der Saatgut – Gentechnikverordnung garantiert außerdem, dass die pflanzlichen Ausgangsprodukte aus heimischer Produktion für die Futtermittelproduktion weiterhin gentechnikfrei sind. Die Sojabohne unterliegt in Österreich der Saatgut-Gentechnikverordnung. Dies bedeutet, dass sowohl das komplette Sojabohnen-Saatgut, als auch sämtliche Prüfstämme im Rahmen der Sortenzulassungsprüfung dem GVO-Monitoring durch die Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit unterliegen.

Heimische Firmen betreiben aus diesem Grund sowohl die Erhaltungszüchtung als auch die Vermehrung ausländischer Sojasorten in Österreich, um damit das Risiko von GVO-Verunreinigungen weitestgehend auszuschalten. Einer Ausweitung der Sojaanbaufläche in Österreich liegt somit nichts im Wege.

Die Körnerleguminosen (Sojabohne, Körnererbse, Ackerbohne, Lupine) sind in Niederösterreich, insbesondere im Trockengebiet, auf Grund des Ertragspotentials und Preises mit anderen Feldfrüchten kaum konkurrenzfähig.

Ab 2010 ist auch die EU Prämie für Eiweißfrüchte entkoppelt. Somit entfällt ein weiteres Argument für deren Anbau. Prinzipiell sind in der EU Preisstützungen verboten. Ein Einkommensausgleich für Mindererträge oder geringere Erlöse ist somit nicht möglich.

Allerdings wird z.B. im Rahmen des Umweltprogramms ÖPUL die Einhaltung einer Fruchtfolge, die auch Körnerleguminosen einbeziehen kann, unterstützt. Die pflanzenbaulichen Voraussetzungen für eine Steigerung des Anbaus von Körnerleguminosen wären in Österreich sehr wohl gegeben. Zusätzlich ist anzumerken, dass es bei Körnererbse, Ackerbohne und Lupine auch in absehbarer Zukunft keine gentechnisch veränderten Sorten geben wird, weil diese Arten für einen derartigen Züchtungsansatz von zu geringem Interesse sind.

Es ist insbesondere die Beratung in den Ländern gefordert, im Rahmen der Fruchtfolge Eiweißfeldfrüchte zu forcieren. Verfassungsmäßig liegt die Zuständigkeit für den Anbau landwirtschaftlicher Kulturen bei den Ländern.“

NÖ Landesregierung
Dr. Stephan Pernkopf
Landesrat